

# Medieninformation

Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration

**Ihre Ansprechpartnerin**  
Alexandra Kruse

**Durchwahl**  
Telefon +49 351 564 54910  
Telefax +49 351 564 54909

pressegi@sms.sachsen.de\*

06.11.2018

## Demokratie-Zentrum Sachsen ist Fundament der Demokratiearbeit in Sachsen

### Staatsministerin Petra Köpping: „Auf demokratie- und menschenfeindliche Phänomene angemessen reagieren“

(Dresden, den 6. November) Über Struktur, Aufbau und die zahlreichen Angebote des Demokratie-Zentrums Sachsen berichtete heute die Sächsische Staatsministerin für Gleichstellung und Integration, Petra Köpping, im Rahmen der Kabinettspressekonferenz.

Das Demokratie-Zentrum Sachsen ist ein Kooperationsverbund staatlicher und nicht-staatlicher Akteure, der sich für die Stärkung der Demokratie und gegen Formen demokratie- und rechtsstaatsfeindlicher Phänomene wie Rassismus, Antisemitismus oder Islamismus einsetzt.

Staatsministerin Petra Köpping: „Der Erhalt der Demokratie ist eine unserer wichtigsten Aufgaben. Demokratie- und menschenfeindliche Phänomene sind nicht statisch, sondern unterliegen vielfältigen Wandlungsprozessen. Darauf müssen wir uns einstellen und angemessen reagieren. Dabei helfen uns die Mitglieder des Kooperationsverbundes, der sich unter dem Dach des Demokratie-Zentrums Sachsen, zusammengefunden hat.“

Das Demokratie-Zentrum Sachsen setzt sich aus vier zentralen Akteuren zusammen, die eng miteinander kooperieren: Landeskoordinierungsstelle, Koordinierungs- und Beratungsstelle Radikalisierungsprävention (KORA), Beratungsnetzwerk Sachsen sowie Expertengremium. Zum Demokratie-Zentrum Sachsen gehören weiterhin die Landesarbeitsgemeinschaft Vielfalt, die geförderten Projekte im Rahmen des Landesprogramms „Weltoffenes Sachsen für Demokratie und Toleranz“ (WOS), die sächsischen Projekte des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ sowie die Jahreskonferenz des Demokratie-Zentrums Sachsen.

Staatsministerin Petra Köpping: „Mit dem Auf- und Ausbau des Demokratie-Zentrums Sachsen in meinem Geschäftsbereich ist es uns gelungen, die

**Hausanschrift:**  
**Sächsische Staatsministerin für  
Gleichstellung und Integration**  
Albertstraße 10  
01097 Dresden

[www.sms.sachsen.de](http://www.sms.sachsen.de)

Zu erreichen mit den  
Straßenbahnlinien  
3, 7, 8 Haltestelle Carolaplatz

\* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf [www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html](http://www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html) vermerkten Voraussetzungen.

wichtige Demokratiearbeit in Sachsen auf ein neues Niveau zu heben. Die untereinander abgestimmten Kooperationen greifen ineinander und gewährleisten so schnelle Hilfe im Bedarfsfall.“

Die einzelnen Träger, die unter dem Dach des Demokratie-Zentrums Sachsen koordiniert werden, bieten beispielsweise mobile Beratung, Opferberatung, Ausstiegsberatung in den Phänomenbereichen politischer und religiöser Extremismus an. Das Expertengremium mit seiner Vielzahl an unterschiedlichen Mitgliedern tauscht sich regelmäßig über ein Lagebild zur Situation in Sachsen aus. Die LAG Vielfalt Sachsen ist ein Gremium für Erfahrungsaustausch und Beratung der Mitglieder in der Umsetzung demokratiefördernder Programme. Dieser Austausch und der Netzwerkgedanke wird auch bei den Netzwerktreffen sowie der Jahreskonferenz des Demokratie-Zentrums Sachsen verwirklicht.

Das Demokratie-Zentrum Sachsen wird mit Mitteln des Freistaates Sachsen und des Bundesprogramms „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert. In diesem Jahr stellt der Freistaat Sachsen 2,4 Millionen Euro zur Verfügung. Die Laufzeit des Programms endet 2019.

Hinweis: Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf der Grundlage des von den Abgeordneten im Sächsischen Landtag verabschiedeten Haushaltes. Das Demokratie-Zentrum Sachsen wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ gefördert.